

Front

Der Bund

## **Linke und Grüne plötzlich für Gaskraftwerke**

NATIONALRAT · Zusammen mit der SVP wollen SP und Grüne in der Schweiz grosse Gaskraftwerke ermöglichen. Damit diese rentieren, soll auf strenge klimapolitische Auflagen verzichtet werden. Konkret haben SVP und Linke am Dienstag im Nationalrat beschlossen, dass Gaskraftwerke ihren Kohlendioxid-Ausstoss zum grossen Teil mit billigen Emissionszertifikaten im Ausland kompensieren dürfen, falls sie keine CO<sub>2</sub>-Abgabe bezahlen wollen. Der Bundesrat soll den genauen Anteil für die Auslandkompensation frei festlegen.

Der Ständerat hatte gefordert, Gaskraftwerke sollten ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu 70 Prozent mit teuren Klimaprojekten im Inland und bloss zu 30 Prozent mit ausländischen Zertifikaten ausgleichen. Daraufhin drohten die BKW und andere Stromunternehmen, im Ausland Gaskraftwerke zu bauen. Im Nationalrat erklärte die SVP gestern, als Zwischenlösung bis zum Bau eines neuen Kernkraftwerks seien Gaskraftwerke im Interesse der Versorgungssicherheit nötig. Damit bewegte sich die Partei auf Bundesratslinie.

### **Taktisches Manöver**

Überraschend unterstützten SP und Grüne den Pro-Gaskraftwerk-Antrag der SVP. Bisher hatten sie solche Werke abgelehnt. Auslöser für die Kehrtwende ist nicht zuletzt das Bestreben insbesondere der FDP, mit hohen Hürden für Gaskraftwerke den Bau eines neuen KKW zu beschleunigen. Ausserdem hoffen Linke, das Gerangel um ausländische Emissionszertifikate erhöhe den Druck, im Inland mehr für die CO<sub>2</sub>-Verringerung zu tun. Konkret will die Linke so den Weg für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen ebnen. Die Vorlage geht jetzt zurück an den Ständerat. (paf)

Seite 7

Schweiz

Der Bund

## **Trickreich für Gaskraftwerke**

### **Plötzlich wollen auch SP und Grüne grosse Gaskraftwerke in der Schweiz ermöglichen - mit Hintergedanken**

Gaskraftwerke sollen ihren Kohlendioxid-Ausstoss zum grossen Teil mit billigen Emissionszertifikaten im Ausland kompensieren dürfen. Darin sehen Linke und Grüne einen Hebel gegen neue KKW. Zudem soll das Gerangel um ausländische Klimaprojekte dazu führen, dass in der Schweiz schneller eine Abgabe auf Benzin kommt.

#### **Patrick Feuz**

Ein Gaskraftwerk, wie es in Chavalon im Wallis geplant ist, pufft pro Jahr rund 750 000 Tonnen Kohlendioxid in die Luft. Klimapolitisch ist das eine düstere Aussicht. Aber aus Gründen der Versorgungssicherheit will der Bundesrat solche Gross-Gaskraftwerke in der Schweiz als «Übergangslösung» ermöglichen. Denn bis ein neues Kernkraftwerk gebaut sei, werde es Jahre dauern. Zudem sei ungewiss, ob ein neues KKW die Volksabstimmung überstehe. Politisch gibt es inzwischen einen Konsens, dass Gaskraftwerke ihren Treibhausgas-Ausstoss zu 100 Prozent kompensieren sollen. Der springende Punkt ist, wo: wie viel im Ausland, wie viel im Inland? Davon hängt ab, ob ein Gaskraftwerk in der Schweiz rentabel wäre.

## **Die Drohung der BKW**

Der Ständerat hat in einer ersten Runde für Gaskraftwerke Hürden aufgebaut, die den Energieunternehmen zufolge unüberwindbar wären. Laut der Ständeratslösung müssten die Betreiber den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu 70 Prozent mit teuren Klimaprojekten im Inland ausgleichen. Mit billigen Emissionszertifikaten im Ausland dürften sie nur 30 Prozent kompensieren. Für diese harte Tour plädierten FDP und CVP gestern auch im Nationalrat. «So wird in der Schweiz kein Gaskraftwerk gebaut», sagte Energieminister Moritz Leuenberger. Bereits hätten die Bernischen Kraftwerke angekündigt, unter diesen Bedingungen lieber in Deutschland ein Gaskraftwerk zu bauen. Dort wird keine CO<sub>2</sub>-Kompensation verlangt. Immerhin wollten FDP und CVP im Nationalrat den Energieunternehmen anders als der Ständerat die Möglichkeit geben, allenfalls die vom Parlament beschlossene CO<sub>2</sub>-Abgabe zu bezahlen, statt Kompensationsmassnahmen zu finanzieren (siehe Fakten).

Überraschend verhalten aber gestern SP und Grüne dem Pro-Gaskraftwerk-Antrag des Walliser SVP-Politikers Oskar Freysinger zum Durchbruch (siehe Seite 1). Demnach soll der Bundesrat variabel festlegen dürfen, wie viel mit billigen Zertifikaten im Ausland kompensiert werden darf. Die Energieunternehmen müssen den Kohlendioxid-Ausstoss voll kompensieren, wenn sie keine CO<sub>2</sub>-Abgabe bezahlen wollen. Die SVP argumentierte mit der Versorgungssicherheit: «Leider, leider» werde der Ersatz für die ältesten Kernkraftwerke nicht vor 2020 am Netz sein, sagte SVP-Nationalrat Robert Keller. Deshalb brauche es als Übergangslösung Gaskraftwerke: «Das ist wichtig für unser Land und wichtig für unsere Wirtschaft.»

Linke und Grüne, die grosse Gaskraftwerke bisher abgelehnt haben, sehen jetzt darin einen Hebel gegen den schnellen Bau eines neuen KKW. Sie schimpfen FDP und CVP «Befehlsempfänger der Atomlobby»: Die strengen Auflagen hätten einzig zum Ziel, Gaskraftwerke zu verhindern und so den Druck für ein neues

Atomkraftwerk zu erhöhen. Die FDP versucht ganz offen, sich als Kernkraft-Freundin zu profilieren, und wirft umgekehrt Linken und Grünen vor, mit Gaskraftwerken den Klimaschutz zu hintertreiben.

Klimapolitisch zieht sich die Linke so aus der Affäre: Gaskraftwerke würden so oder so gebaut, aber nur der Bau in der Schweiz garantiere die CO<sub>2</sub>-Kompensation. Zudem will die SP noch in dieser Session mit einem Vorstoss verlangen, die Abwärme von Gaskraftwerken zu nutzen. So werde die Stromerzeugung aus Gas effizienter als die Nutzung von Gas für Heizungen.

## **Gerangel um Zertifikate**

Klimapolitisch gibt es in der Linken noch eine weitere Überlegung: Je mehr Treibhausgas-Ausstoss die Gaskraftwerke im Ausland kompensieren dürfen, desto grösser wird im Inland der Druck in anderen Bereichen, etwas zur CO<sub>2</sub>-Verringerung zu tun. Denn es gibt nicht beliebig viele Emissionszertifikate respektive wirklich gute Klimaprojekte im Ausland. Mit dem Kauf solcher Zertifikate hat bisher die Stiftung Klimarappen - eine Idee der Erdölbranche - in der Schweiz eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin und anderen Treibstoffen abgewendet. Die Linke hofft, dass durch die Konkurrenz der Gaskraftwerke der Klimarappen in den nächsten Jahren unter Druck gerät und seine Reduktionsziele verpasst, um so der CO<sub>2</sub>-Abgabe auch auf Treibstoffen den Weg zu ebnen. FDP-Nationalrat Werner Messmer hatte gestern eine Ahnung und warnte: Je mehr die Politik die Gaskraftwerke entlaste, desto grösser werde die zusätzliche Belastung in den Bereichen Bau und Verkehr sein.

Seltene Harmonie: SP-Energieminister Moritz Leuenberger und SVP-Nationalrat Oskar Freysinger. Lukas Lehmann/Keystone

## **Gaskraftwerke und Emissionshandel**

Die BKW Energie AG will ein Gaskombikraftwerk in Utzenstorf bauen, an einem weiteren Werk im neuenburgischen Cornaux ist sie beteiligt. Gaspläne haben ebenso die Energie Ovest Suisse (Umbau des stillgelegten Ölkraftwerks in Chavalon VS) und die Axpo (mögliche Standorte: Inwil LU und Schweizer-halle in Basel). Die Strombranche will mit den Gaskraftwerken vorübergehend die sich abzeichnende Stromlücke schliessen. Ob ein Gaskraftwerk in der Schweiz gebaut wird, hängt von der Rentabilität und damit von den politischen Rahmenbedingungen ab: Je weniger vom CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit teuren Klimaprojekten in der Schweiz kompensiert werden muss, desto rentabler ist das Werk. Wo die Schmerzgrenze liegt, ist im laufenden politischen Poker schwer abschätzbar. Zahlen die Betreiber die CO<sub>2</sub>-Abgabe statt Kompensationsmassnahmen zu finanzieren, verteuert sich die Kilowattstunde um 1,5 Rappen.

100-prozentige Kompensation durch den Kauf ausländischer Emissionszertifikate kostet 0,9 Rappen und 100-prozentige Kompensation im Inland etwa 4,5 Rappen. Wer ein Zertifikat kauft, trägt dazu bei, dass im Ausland CO<sub>2</sub> eingespart wird. Hinter jedem Zertifikat steht ein konkretes Projekt. (paf)

## **AKW-Haftpflicht**

Für neue Kernkraftwerke soll es keine Haftpflichtversicherung von 500 Milliarden Franken brauchen. Der Nationalrat hat gestern mit 115 zu 65 Stimmen einer parlamentarischen Initiative des Zürcher Grünliberalen Martin Bäumle keine Folge gegeben (siehe «Bund» vom letzten Freitag). Die Ratsmehrheit warf dem Initianten vor, mit seiner Initiative solche Anlagen von vornherein verhindern zu wollen. (bin)